

Ressort IV  
Kommunales / Inneres  
Frank Kuschel, MdL  
Sascha Bilay  
11.04.07

## **Thesen zur Erhebung von Beiträgen nach Kommunalabgabenrecht**

Die Erhebung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen (Wasserbeiträge wurden bereits zum 01.01.05 mit der letzten Novelle des ThürKAG auf Vorschlag des CDU-Ministerpräsidenten und mit großer Zustimmung des Landtages abgeschafft) ist gegenwärtig innerhalb der Linkspartei.PDS Thüringen höchst umstritten. Dabei treffen unterschiedliche Sichtweisen und Verständnisse der Kommunalpolitik aufeinander. Nicht minder geht es neben einer bloßen Frage um die Beibehaltung, Weiterentwicklung oder Abschaffung der Kommunalabgaben auch um die Frage des Verständnisses von einer linken Kommunalpolitik.

Das Ausspielen diverser (und gerechtfertigter) Interessenlagen spaltet die Gesellschaft und trägt dazu bei, die Interessengruppen gegeneinander auszuspielen. Nicht umsonst haben SPD-Landtagsfraktion und Mieterbund bei der Abschaffung der Wasserbeiträge die Gruppen der Mieter und Grundstückseigentümer bewusst zu instrumentalisieren versucht.

Linke Kommunalpolitik bedeutet, auf den Ausgleich der unterschiedlichen Interessenlagen zu setzen und nicht, die einzelnen Gruppen gegeneinander auszuspielen; wir wollen keine Spaltung der Gesellschaft sondern eine solidarische Gesellschaft.

Die Verfolgung eigener Interessen ist ein legitimes Anliegen von Betroffenen. Wenn sich Betroffene in eigenen Organisationsformen zusammenfinden, ist dies kein Indiz für Konkurrenz zur Linkspartei. Vielmehr wird daran deutlich, dass die Lösung dieser oftmals zeitlich befristeten singulären Problemlagen besser außerhalb als innerhalb einer Partei erfolgen kann.

Linke Kommunalpolitik bedeutet, Bürgerinnen und Bürger als Partner zu verstehen und mit ihnen gemeinsam die Durchsetzung gleichartiger Interessen zu erstreiten.

Die Eigentümerstruktur in den ostdeutschen Ländern ist nicht mit der Eigentümerstruktur in den westdeutschen Ländern vergleichbar. Während in der alten BRD immobiles Vermögen im Regelfall nur erworben und unterhalten werden konnte, wenn auch fiskalisches Vermögen vorhanden war, konnte in der DDR Wohneigentum auch dann erworben werden, wenn fiskalisches Vermögen kaum vorhanden war.

Linke Kommunalpolitik bedeutet, die beiden grundgesetzlichen Normen (Eigentum verpflichtet und Schutz des Eigentums) gleichberechtigt nebeneinander zu wahren.

Die Beitragserhebung setzt an dem gedanklichen Modell an, dass allein durch eine durchgeführte Baumaßnahme der theoretische Gebrauchsnutzen des Grundstückes steigt und somit das Grundstück (mit dem darauf befindlichen Baukörper) besser zu nutzen sei als zuvor. Damit besteht allerdings kein Zusammenhang zum tatsächlichen Nutzen der Straßen bzw. Abwassersysteme.

Linke Kommunalpolitik bedeutet, dass dem Äquivalenzprinzip (Leistung und Gegenleistung müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen) Rechnung zu tragen ist. Ebenso ist bei der Erhebung von Kommunalabgaben das Verursacherprinzip / Nutzerprinzip (wer eine Einrichtung nutzt, muss dafür entsprechend bezahlen) konsequent zur Anwendung zu bringen.

Auch in der Kommunalpolitik ist den ökologischen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Die Refinanzierung über Beiträge erfolgt unabhängig davon, wie stark die zur Verfügung stehende Leistung tatsächlich genutzt wird. Die Abschaffung der Wasserbeiträge wurde auch damit begründet, dass eine ökologische Lenkungswirkung über die Gebühren (tatsächlicher Verbrauch) eher zu erreichen ist als über die Beitragsfinanzierung.

Linke Kommunalpolitik bedeutet, dass eine ökologische Lenkungswirkung zum sparsamen Einsatz von Wasser (daran eng gekoppelt ist das Abwasser) über Gebühren zu favorisieren ist.

Bei der Erhebung von Kommunalabgaben geht es neben den vorangegangenen Prinzipien auch um Transparenz. Dies darf sich nicht nur auf die Arbeit in den Verwaltungen und Einrichtungen der Aufgabenträger beschränken (Informations- und Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger müssen weiter ausgebaut werden). Ebenso wichtig ist, Transparenz bei den tatsächlich entstehenden Kosten zu erwirken. Durch die Erhebung von Beiträgen wird jedoch eine Kostentransparenz im interkommunalen Vergleich verhindert. Die Umstellung auf die ausschließliche Erhebung von Gebühren macht die tatsächlichen Kosten sofort sichtbar und ermöglicht einen interkommunalen Vergleich der jeweiligen Aufgabenträger.

Linke Kommunalpolitik bedeutet, dass der Anspruch des „gläsernen Rathauses“ vor den Zweckverbänden nicht halt macht. Umstellung von Beiträgen- auf ausschließliche Gebührenerhebung wird dem Anspruch der (Kosten-)Transparenz gerecht.

Die Linkspartei ist die einzige bundesdeutsche Partei mit klarem kommunalpolitischem Profil. Keine andere Partei ist hinsichtlich der Formulierung ihrer kommunalpolitischen Visionen so gut aufgestellt. Mit der Verabschiedung der Kommunalpolitischen Leitlinien auf dem Bundesparteitag in Dresden und den zahlreichen Parteitagsbeschlüssen mit kommunalpolitischen Inhalten ist die Thüringer Linkspartei im Unterschied zu den anderen Parteien auf kommunalpolitischem Gebiet sehr gut aufgestellt. Diese Positionierung konnte unter anderem deshalb erreicht werden, weil die von Mehrheiten beschlossenen Dokumente frühzeitig unter größtmöglicher Einbeziehung der interessierten Öffentlichkeit auch außerhalb der Partei erfolgte.

Linke Kommunalpolitik bedeutet, die eigenen Positionen öffentlich zu erarbeiten, zu diskutieren und ggf. zu revidieren. Hierfür muss die Basis frühzeitig einbezogen werden.

Zu diesen Thesen, die weiterhin öffentlich diskutiert werden, müssen noch weitere Fragen diskutiert und beantwortet werden:

- Welche möglichen Auswirkungen hätte eine Abschaffung der Beiträge auf die Investitionstätigkeit der Kommunen und der Aufgabenträger?
- Wie könnte sich eine Beitragsabschaffung auf unterschiedliche (soziale) Nutzergruppen auswirken? Welche Erfahrungen liegen hierbei infolge der Wasserbeitragsabschaffung zum 01. Januar 2005 vor?
- Wie könnte sich eine Abschaffung der Abwasserbeiträge auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Aufgabenträger auswirken?

Frank Kuschel, MdL  
Sascha Bilay